

## **FPÖ spricht von größtem Wählerbetrug - Neuwahlen gefordert!**

FPÖ wirft ÖVP, SPÖ und NEOS Wahlbetrug vor. Diskussion um Koalitionsverhandlungen und politische Strategien in Österreich.

**Österreich** - Die politische Situation in Österreich steht vor weitreichenden Veränderungen, nachdem die FPÖ schwere Vorwürfe gegen die Regierungskoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS erhoben hat. FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz bezeichnete diese Koalition als „dem größten Wählerbetrug in der Politikgeschichte“ und warf den beteiligten Parteien gezielte Täuschung und undemokratische Strategien vor. In seinen Äußerungen weist Schnedlitz darauf hin, dass die Koalitionspläne offenbar bereits vor der Nationalratswahl in geheimen Verhandlungen geschmiedet wurden, um den Wahlsieg der FPÖ zu neutralisieren und die Macht der „Systemparteien“ zu sichern.

Schnedlitz kritisiert insbesondere den Bundespräsidenten, Alexander Van der Bellen, dafür, dass er den Regierungsbildungsauftrag nicht an den FPÖ-Wahlsieger Herbert Kickl vergeben hat. Nach dem gescheiterten Versuch, eine Ampel-Koalition zu bilden, seien die ÖVP und die SPÖ zurück an den Verhandlungstisch gegangen, um eine neue Koalition mit den NEOS zu bilden. Die FPÖ sieht die Bildung dieser „Verlierer-Ampel“ als klaren Verstoß gegen den Wählerwillen und fordert deshalb sofortige Neuwahlen, um den „historischen Betrug“ abzuwenden.

### **Kritik an der Regierung und der**

## **Koalitionsbildung**

Die FPÖ und ihre Anhänger empfinden eine Regierungsbildung ohne ihr Engagement als Affront gegen das Wahlergebnis. Laut Schnedlitz haben die drei Parteien, die ihre Koalition bilden wollen, bei den letzten Wahlen erhebliche Verluste erlitten. Umfragen zeigen, dass die FPÖ gute Chancen hat, bei Neuwahlen die Kanzlerschaft zu erlangen. Eine politische Ausrichtung wie die der potenziellen Dreierkoalition wird von Schnedlitz als gefährlich angesehen und erinnert an negative Entwicklungen in Deutschland. Er warnt vor einer Politik, die Wohlstandszerstörung, Sicherheitschaos und illegalen Masseneinwanderung fördert.

Die Dringlichkeit der Situation wird durch die kurzfristige Absage eines geplanten gemeinsamen Termins mit Bundespräsident Van der Bellen unterstrichen, welcher aufgrund von Streitigkeiten über die Verteilung der Ressorts stattfand. In den chaotischen Verhandlungen über die Koalition war ein zentraler Streitpunkt insbesondere die Verteilung wichtiger Ministerien, wie dem Finanz- und Innenministerium. Die FPÖ wollte diese Schlüsselressorts übernehmen, während die ÖVP ihr ein eigenes Asyl- und Migrationsministerium anbot, was jedoch von der FPÖ abgelehnt wurde.

## **Gescheiterte Koalitionsverhandlungen**

Die Koalitionsverhandlungen, die über einen Monat lang zwischen der FPÖ und der ÖVP stattfanden, sind gescheitert. FPÖ-Chef Herbert Kickl gab den Regierungsauftrag zurück und äußerte Bedauern über den Misserfolg der Gespräche, während die ÖVP die FPÖ und speziell Kickls Kompromisslosigkeit für das Scheitern verantwortlich macht. Der Bundespräsident kündigte an, Gespräche mit den Parteien über das weitere Vorgehen zu führen. Optionen wie Neuwahlen, die Bildung einer Minderheitsregierung oder die Einberufung einer Expertenregierung werden diskutiert.

In der Bevölkerung gibt es unterdessen Besorgnis über eine mögliche Koalition, was sich in Protesten von bis zu 30.000 Demonstranten äußerte, die gegen einen Rechtsruck in der Politik mobil machten. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die FPÖ bei Neuwahlen etwa 34 Prozent der Stimmen erhalten könnte, während ÖVP und SPÖ jeweils rund 20 Prozent und die NEOS etwa 10 Prozent der Stimmen erwarten. Bis zur endgültigen Bildung einer neuen Regierung bleiben die aktuellen Minister aus der ÖVP und den Grünen im Amt.

Wie die verschiedenen Akteure ihre nächsten Schritte gestalten, bleibt abzuwarten. Der Druck auf die bestehenden Parteien und die Unsicherheit über die politische Zukunft Österreichs sind spürbar. Experten oder Übergangsregierungen könnten eine Lösung in dieser instabilen Lage bieten, während die FPÖ und ihre Führungsriege um die Rückgewinnung des Wählervertrauens kämpfen.

**Unser Mitteleuropa** berichtet, dass ...

**Exxpress** berichtet über ...

**Tagesschau** informiert darüber, dass ...

Details	
<b>Vorfall</b>	Wählerbetrug
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://unser-mittleuropa.com">unser-mittleuropa.com</a></li><li>• <a href="http://exxpress.at">exxpress.at</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**